

VON SEBASTIAN BICKERICH
UND STEPHAN HASELBERGER

Ein ganzes Paket

Am Wochenende stellen die Sozialdemokraten ihr Programm für die Bundestagswahl vor. Wie will die Partei die Wähler für sich gewinnen?

55 Seiten umfasst der Programmtext, den SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier am Sonntag im Berliner Tempodrom offiziell vorstellen will. Einige Kernpunkte, vor allem in der Steuerpolitik, lösen schon jetzt heftige Debatten aus.

Die SPD will einen Lohnsteuerbonus einführen. Wie sieht die Prämie genau aus? Die Idee klingt einfach. Wer auf eine Steuererklärung verzichtet, soll eine Prämie von 300 Euro bekommen, Verheiratete 600 Euro. Für den Bonus muss man dem Finanzamt rechtzeitig den Verzicht auf seine Steuererklärung mitteilen – eine einfache Postkarte soll dafür genügen. Der Bonus soll aber nicht für jeden gelten. Wer Nebeneinkünfte aus Pacht oder Vermietungen bezieht, muss weiterhin eine Steuererklärung abgeben. Die SPD schätzt, dass sich das Prämienverfahren für zehn Millionen Steuerzahler lohnen würde. Für die Prämie wollen die Sozialdemokraten rund drei Milliarden Euro zur Verfügung stellen, die sie mit der ebenfalls geplanten Börsenumsatzsteuer finanzieren wollen.

Wem nützt der Bonus?

Bezieher von Lohnersatzleistungen – jedenfalls nicht. Denn bisher sind alle, die mehr als 410 Euro dieser Leistungen pro Jahr in Anspruch nehmen, zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet. Zu den Lohnersatzleistungen zählen Kurzarbeiter-, Arbeitslosen-, Kranken-, Insolvenz- oder Elterngeld. Adressaten der Prämie sind stattdessen Bürger, die bislang keine Steuererklärung abgegeben haben, sowie alle Beschäftigten, die mit einer Erstattung von weniger als 300 Euro rechnen – profitieren sollen also hauptsächlich Klein- und Durchschnittsverdiener. Steuerexperten gehen von bis zu fünf Millionen Bürgern aus. Die Prämie habe noch einen weiteren Nutzen, heißt es bei der SPD: Die Finanzverwaltungen sollen durch den erhofften massenhaften Verzicht auf Steuerklärungen deutlich entlastet werden.

Wie will die SPD den Mittelstand entlasten?

Mit der Senkung des Eingangsteuersatzes von rund 14 auf zehn Prozent ändert sich nach SPD-Angaben der Tarifverlauf so, dass die zu versteuernden Einkommen bis zur Grenze von rund 53.000 Euro bei Singles und 106.000 Euro bei Verheirateten entlastet werden. Im Entwurf des SPD-Wahlprogramms heißt es dazu, knapp 25 Millionen Menschen würden von der Neuerung profitieren.

Inwieweit profitieren Familien?

Wie aus Parteikreisen verlautete, will die SPD den Kinderfreibetrag von derzeit 3864 Euro um weitere 200 Euro für jedes Kind erhöhen. Zugleich setzt sich die Par-



Foto: Kai-Uwe Heinrich, Montage: Mika

tei das mittelfristige Ziel, alle Kinderfreibeträge in einen Kindergrundfreibetrag umzuwandeln. Auf diese Weise sollen alle Familien unabhängig vom Einkommen in gleicher Höhe gefördert werden.

Auf welche Belastungen müssen sich Besserverdienende einstellen?

Wer sehr gut verdient, soll nach dem Willen der SPD in Zukunft mehr Reichensteuer zahlen. Diese Steuer für Begüterte wurde bisher in Höhe von 45 Prozent ab einem Jahreseinkommen von 250.000 Euro für Alleinstehende und 500.000 Euro für Ehepaare erhoben. Nun soll der Satz nach Angaben aus SPD-Kreisen auf 47 Prozent steigen. Zugleich würden nach dem SPD-Modell die Einkommensgrenzen früher greifen: bei Singles bereits ab einem Einkommen von 125.000 Euro, bei Verheirateten ab 250.000 Euro. Die Einnahmen aus der verschärften Reichensteuer werden SPD-intern auf zwei bis 2,5 Milliarden Euro geschätzt und sollen in Bildung und Forschung investiert werden. Vom linken Rand der SPD kam umgehend Kritik. SPD-Vorstandsmit-

glied Hilde Mattheis bezeichnete die Vorstellungen als „völlig unzureichend und in die falsche Richtung weisend“. Die geplante Erhöhung der Reichensteuer genüge „auf gar keinen Fall“. Notwendig sei vielmehr eine Erhöhung des allgemeinen Spitzensteuersatzes von derzeit 42 auf mindestens 45 Prozent. „Nur so können Bestverdiener angemessen herangezogen werden.“ Zugleich verlangte Mattheis, mittlere und untere Einkommen stärker zu entlasten: „Der Verlauf der Steuerprogression muss dahingehend geändert werden“, sagte sie.

Kommt die Vermögensteuer wieder?

Nach dem Willen von Steinmeier und Finanzminister Peer Steinbrück soll die SPD auf die Forderung nach Wiedereinführung der Vermögensteuer im Wahlprogramm verzichten. Bei den Beratungen der SPD-Führung am Donnerstag wurde ein solcher Verzicht mit Rücksicht auf mögliche Bedenken einzelner SPD-Landesvorsitzender aber noch nicht festgezurrt. Parteichef Franz Müntefering hofft, auf diese Weise Streit vermei-

den zu können. Eine Entscheidung soll am Samstag fallen. Dann kommen die Parteigremien in Berlin zusammen, um den Entwurf für das Wahlprogramm zu beschließen. Teile des linken SPD-Flügels warnen die Führung vor einem Verzicht auf die Vermögensteuer. Ein solcher Schritt sei „kaum vermittelbar“, sagte etwa SPD-Vorstandsmitglied Mattheis. Die SPD habe die Wiedereinführung in etlichen Parteitagbeschlüssen gefordert. Wenn sie nun davon Abstand nehme, sei dies „ein ärgerliches und problematisches Signal im Wahljahr“.

Werden Aktionäre gesondert zur Kasse gebeten?

Mit einer Umsatzsteuer auf Wertpapiergeschäfte an der Börse nach britischem Vorbild will die SPD kurzfristige Spekulationsgeschäfte eindämmen. Die Börsenumsatzsteuer soll in der Regel 0,5 Prozent des Kurswertes ab einem Umsatz von 1000 Euro betragen. Die SPD verpflichtet sich in ihrem Programmtext, für eine europaweite Einführung der Börsensteuer zu werben.

Was sagen Experten zu dem Wahlprogramm?

Vor allem die Pläne für einen Steuerbonus stoßen auf Kritik. So sehen etwa die Steuerberater nicht weniger, sondern mehr Arbeit auf die Finanzämter und damit auf sie selbst zu kommen. „Wir können darin keinen Beitrag zur Entbürokratisierung erkennen“, sagt Nora Schmidt-Keßler, Hauptgeschäftsführerin der Bundessteuerberaterkammer. Den Bonus werden nämlich vor allem diejenigen in Anspruch nehmen, die bislang keine Steuererklärung abgegeben haben, also etwa Rentner oder Auszubildende. Es sei zudem zweifelhaft, ob der Bonus mit dem Prinzip der Gleichmäßigkeit der Besteuerung vereinbar ist. Karl Heinz Däke, Präsident des Steuerzahlerbundes, spricht von „populistischen Wahlversprechen“. Nur die allerwenigsten Steuerzahler würden von der Prämie profitieren. Uwe Rauhöft, Geschäftsführer des Neuen Verbands der Lohnsteuerhilfevereine, sieht ein weiteres Problem: Die SPD konterkarriere mit dem Bonus Steuerentlastungen der vergangenen Jahre – wie die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen oder Haushaltshilfen. „Wer soll jetzt noch seine Putzfrau steuerlich geltend machen, wenn er auch ohne dies einen Bonus bekommt?“, fragt Rauhöft und warnt vor einem Anstieg der Schwarzarbeit.

Welche Akzente will die SPD in ihrem Wahlprogramm außerdem setzen?

Ein Wahlgewinn hat sich die SPD auch für über 60-Jährige überlegt, die gesundheitlich beeinträchtigt sind. Sie sollen eine Beschäftigungsgarantie erhalten – indem ihnen ein in seiner Leistungsfähigkeit angemessener, sozialversicherungspflichtiger Job angeboten werden muss, wie es heißt. Außerdem wird die SPD eine Privatisierung der Bahn in dem Entwurf erwartungsgemäß ausschließen.

Mithilfe der Allianz

Die afghanische Opposition will Abdullah Abdullah bei der Präsidentschaftswahl im August gegen Amtsinhaber Hamid Karsai antreten lassen. Wofür steht der frühere Außenminister, und welche Chancen hat er?

VON KARIN SCHÄDLER, BERLIN,
UND ELKE WINDISCH, MOSKAU

Die gute Nachricht ist, dass in Afghanistan zum zweiten Mal in vier Jahren Präsidentschaftswahlen stattfinden, die zumindest in Teilen demokratische Standards erfüllen. Dass in Afghanistan überhaupt Abstimmungen stattfinden und die Kandidaten sich im Wahlkampf öffentlich verbale Duelle liefern, ist ein Fortschritt. Ebenso die Tatsache, dass es sich bei den Herausforderern von Amtsinhaber Hamid Karsai nicht um Alibi-, sondern um reale Gegenkandidaten handelt. Abdullah Abdullah, Außenminister von 2001 bis



Abdullah Abdullah. Foto: AFP

2006, gilt als derzeit chancenreichster Bewerber der Opposition. Vorausgesetzt, ernimmt die Nominierung des Oppositionsbündnisses Nationale Front offiziell an. Eine Kandidatur Abdullahs würde aber auch das Dilemma Afghanistans offenbaren. Ein Dilemma, das Zweifel am Erfolg der vor mehr als sieben Jahren angelaufenen Anti-Terror-Operation der Nato weckt. Denn die Frontlinien verlaufen am Hindukusch nach wie vor dort, wo sie schon während des Bürgerkrieges verliefen, der die Taliban 1995 als Ordnungsmacht auf den Plan rief: zwischen den Ethnien. Abdullah ist der inoffizielle Führer der Tadschiken. Sie stellen etwa 40 Prozent der Gesamtbevölkerung und verfügen vor allem im Norden über deutliche Mehrheiten. Die mit knapp 60 Prozent größte Bevölkerungsgruppe bilden die Paschtunen, die vor allem im Süden und in Pakistan siedeln. Die Paschtunen haben ihren Traum von einem gemeinsamen Staat bis heute nicht aufgegeben. Das begünstigte auch den Vormarsch der radikalislamischen Taliban – Paschtunen, die ihre Milizen zu nächst in Pakistan aufstellten. 1996 stürzten sie die Regierung in Kabul, wo die tadschikische Minderheit das Sagen hatte. Reste der nach Norden ausgewichenen Regierungstruppen leisteten in der Folge als Einzige militärischen Widerstand gegen die Taliban. Abdullah stieg in dieser Zeit in die Führungsriege der Nordallianz auf, der tadschikischen Schattenregierung.

Nach den Anschlägen in New York vertrieb die Nordallianz im Dezember 2001 mit Unterstützung der Nato-geführten Anti-Terror-Koalition die Taliban wieder aus Kabul. Doch ging es der Nordallianz nicht um demokratische Veränderungen,

wie es viele im Westen hoffen – sondern schlicht um die Macht im Land. Um sie geht es auch bei den Wahlen, die am 20. August stattfinden sollen. Die Tadschiken haben Washington und dessen westeuropäische Verbündeten nie verliehen, dass sie nach dem Sieg über die Taliban Karsai auf den Präsidentenstuhl hievt, einen Paschtunen, der noch dazu nicht gegen die Taliban gekämpft hatte. Da half es auch nicht, dass Tadschiken an der Regierung mitbeteiligt wurden. Endgültig überwarf sich die Nordallianz mit Karsai, als dieser sämtliche Tadschiken-Minister – darunter auch Abdullah – 2006 entließ. Da der Rückhalt für Karsai nun selbst unter den Paschtunen schwindet, sucht auch Washington inzwischen nach einer Alternative. Im Gespräch sind unter anderem der frühere Finanzminister Ashraf Ghani und Ex-Innenminister Ahmad Ali Dschalali, die beide über hervorragende Beziehungen in die USA verfügen.

Karsai würden vor allem die fehlenden Fortschritte im Wiederaufbau angelastet, sagt Bente Scheller von der Heinrich-Böll-Stiftung in Afghanistan. „Unter Karsai ist die Korruption so richtig aufgeblüht.“ Das Geld für den Wiederaufbau fließe damit in andere Kanäle. Dass Karsai nicht mehr eindeutig die politische Landschaft dominiert, könne aber auch als „gesunde Entwicklung“ betrachtet werden, sagt Dietrich Reetz vom Zentrum Moderner Orient in Berlin. „Wir sehen, wie sich die politischen Kräfte jetzt neu positionieren.“

Doch die Chancen der Opposition mindert, dass sie sehr zersplittert ist. „Im Moment sieht es so aus, als fast jeder für die Präsidentschaft kandidiert“, sagt die unabhängige Abgeordnete Fausia Kufi. „Selbst die Nationale Front hat es nicht geschafft, mit einer Stimme zu sprechen“, bestätigt Babak Khalatbari von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kabul. Die Nationale Front, in der Parteien nordafghanischer Warlords dominieren, ist die stärkste Oppositionskraft im Parlament.

Interessant an der Figur Abdullah sei indes, dass er nicht eindeutig als Warlord betrachtet werden könne, sagt Afghanistan-Experte Reetz. Abdullah sei in der Führung der Nordallianz vor allem in der Verwaltung und als Berater für internationale Fragen tätig gewesen. Und er sei ein Politiker, der „im positiven Sinne religiös“ und modern sei. Das könnte ihm beim Umgang mit dem Westen helfen. Auch von Frauen im Parlament wird Abdullah als eher gemäßigt eingeschätzt. „Er hat gezeigt, dass er an Menschenrechte und Demokratie glaubt“, sagt Fausia Kufi.

Was die Afghanen am Ende überzeugt, ist offen. Bei den Wahlen wird es wohl zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Kandidaten der beiden Ethnien kommen.



Comfort ist ... mehr als nur Entspannung

Nur echt mit der Stressless® Marke!



house of comfort • am Gendarmenmarkt • Markgrafenstraße 32 • 10117 Berlin
Tel. (030) 212 22 36 -60 Fax (030) 212 22 36 -89 • www.house-of-comfort.de

Berlin und die Ostsee

17.4.2009

HEUTE IN BERLIN

Häufig schieben sich Wolken vor die Sonne, doch Schauer bleiben dabei eher die Ausnahme. Zwischen durch ist aber auch vorübergehend die Sonne am Himmel über Berlin zu sehen. Die Höchsttemperaturen kommen allerdings über die 15-Grad-Marke nicht hinaus. Wind: In Böen weht ein frischer, sonst ein mäßiger Wind aus Ost bis Nordost.

Biowetter: Die aktuelle Witterung geht mit einem erhöhten Risiko von Herz- und Kreislaufbeschwerden einher. Stellenweise müssen Rheumatiser mit einer Verstärkung ihrer Gelenk- und Gliederschmerzen rechnen. Birken- sowie eine Vielzahl anderer Baum- und Sträucherpollen fliegen durch die Luft und belasten Allergiker mäßig bis stark.

WASSERTEMPERATUREN

Wannsee	12°
Müggelsee	13°
Ruppiner See	14°
Müritzer	10°

SONNE & MOND

☀️ 06:04 bis 20:08 | 🌙 17:04 bis 25:04
☀️ 03:14 bis 11:06 | 🌙 01:05 bis 09:05

Namenstage: Wando, Rudolf, Eberhard, Isadora

Deutschland

17.4.2009

HEUTE IN DEUTSCHLAND

In weiten Landesteilen werden wir mit Regenfällen und Gewitterschauern versorgt. Zwischen durch bekommt die Wolkendecke auch Lücken und lässt die Sonne durch. Im Südwesten, in der Lausitz, an der Oder und in Küstennähe ist die Sonne mitunter längere Zeit zu sehen. Die Temperaturen kommen nachmittags nicht mehr über 11 bis 19 Grad hinaus. Dazu weht in Böen ein frischer West- bis Südwestwind, in Küstennähe ein starker bis stürmischer und böiger Ost- bis Nordostwind.

Europa

17.4.2009

WASSERTEMPERATUREN WELTWEIT

Nordsee	6 bis 13	Westliches Mittelmeer	13 bis 17
Ostsee	4 bis 11	Ostliches Mittelmeer	17 bis 19
Biskaya	11 bis 13	Algarve	16 bis 18
Adria	15 bis 16	Kanarische Inseln	18 bis 21
Ägäis	13 bis 17	Karibik	24 bis 27
Schwarzes Meer	8 bis 12	Thailand	28 bis 31

MEHR WETTER

☎️ **Telefonwetter**
Alle Vorhersagen: 0900 1164000*
Wochenendwetter: 0900 116401*
Reisewetter: 0900 116402*
* kostenpflichtige Rufnummer; 0,62 Euro/Min.

🌐 **Mehr dazu im Internet**
www.wetter.de/berlin
www.biowetter.net
www.pollenflug.de
www.met.fu-berlin.de

Reisewetter

DEUTSCHLAND		
Aachen	Regen	9°
Bonn	Schauer	13°
Bracklen	Regen	9°
Düsseldorf	Regen	11°
Feldberg/Schw.	Gewitter	3°
Fichtelberg	bedeckt	6°
Garmisch-P.	Regen	13°
Hof	Regen	2°
Karlsruhe	wolkig	18°
Konstanz	wolkig	15°
Passau	Gewitter	13°
Schwern	bewölkt	15°
Sylt	heiter	13°
Trier	bedeckt	13°
Weimar	Regen	14°
Würzburg	Schauer	15°
Zugspitze	Schneefall	-6°

EUROPA UND DIE WELT		
Amsterdam	Regen	13°
Barcelona	wolkig	18°
Bern	heiter	14°
Djerba	heiter	24°
Eilat	sonnig	26°
Genf	Regen	13°
Hongkong	wolkig	27°
Innsbruck	Regen	15°
Jerusalem	Schauer	13°
Kapstadt	wolkig	25°
Kairo	sonnig	26°
Korfu	sonnig	21°
Kreta	sonnig	20°
Larnaca	sonnig	20°
Los Angeles	sonnig	23°
Mailand	bewölkt	18°
Malta	wolkig	24°
Miami	heiter	26°
New York	heiter	20°
Palermo	wolkig	23°
Peking	heiter	24°
Prag	Gewitter	16°
Reykjavik	wolkig	8°
Salzburg	Gewitter	13°
St. Moritz	Schauer	5°
Sydney	heiter	23°
Tel Aviv	Schauer	21°
Tokyo	Regen	22°
Zermatt	Schneeschauer	5°

Quelle: Q.net GmbH • www.wetter.net